

Geschäftsbericht 2025

Sterbekasse für die
Angestellten der
Deutsche Bank-Gruppe

Geschäftsbericht 2025

Deutsche Bank Gruppe
Sterbekasse



Sterbekasse für die
Angestellten der
Deutsche Bank-Gruppe

Geschäftsbericht 2025

Geschäftsbericht
2025



Inhalt

Bericht des Aufsichtsrats	3
Lagebericht des Vorstands	5-14
Geschäftstätigkeit	6
Entwicklung an den Kapitalmärkten	6
Sonstige Entwicklungen	8
Versicherungsbestand	9
Kapitalanlagen	9
Deckungsrückstellung	10
Übrige Aufwand- und Ertragsposten	11
Gesamtüberschuss	11
Risiko- und Chancenbericht	12
Einschätzung der künftigen Entwicklung	13
Jahresabschluss	15-35
Bilanz	16
Gewinn- und Verlustrechnung	20
Anhang	23-35
Aktiva	24
Immaterielle Vermögensgegenstände	24
Kapitalanlagen	25
Forderungen	26
Sonstige Vermögensgegenstände	26
Rechnungsabgrenzungsposten	26
Zeitwerte Kapitalanlagen / Entwicklung der Aktivposten	27-28
Passiva	29
Eigenkapital	29
Versicherungstechnische Rückstellungen	29
Andere Rückstellungen	30
Andere Verbindlichkeiten	31
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	32
Versicherungstechnische Rechnung	32
Nichtversicherungstechnische Rechnung	33
Gewinnverwendungsvorschlag	34
Sonstige Angaben	34
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	36
Impressum	39

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2025 die ihm durch Gesetz und Satzung übertragenen Aufgaben wahrgenommen und sich sowohl in zwei Sitzungen als auch in Einzelbesprechungen durch den Vorstand und die Geschäftsführung über die Lage der Sterbekasse unterrichten lassen.

Gegenstand der regelmäßigen und kontinuierlichen Berichterstattung waren neben der Entwicklung des Versicherungsbestandes, der Bilanz und der Ertragslage, die Situation am Kapitalmarkt sowie die sich daraus für die Sterbekasse ergebenden Auswirkungen. Darüber hinaus haben wir wesentliche Einzelvorgänge besprochen.

Das versicherungsmathematische Gutachten des Verantwortlichen Aktuars zum 31. Dezember 2025 haben wir eingesehen, uns wesentliche Teile erläutern lassen und in die Beratungen über den Jahresabschluss einbezogen.

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2025 und des Lageberichtes der Sterbekasse haben wir die Forvis Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, beauftragt. Diese freiwillige Prüfung nach § 341k HGB ersetzt die Pflichtprüfung nach der Sachverständigenprüfverordnung (SachvPrüfV). Die Forvis Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft hat den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

In der Sitzung des Aufsichtsrats am 4. Mai 2026 wurden der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Jahr 2025, die nach Handelsgesetzbuch (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt wurden, vorgelegt und erläutert.

Nach Abschluss der Beratungen stimmte der Aufsichtsrat dem Jahresabschluss und dem Lagebericht zu.

Frankfurt am Main, 4. Mai 2026



Marissa Horvatin
Vorsitzende



Dr. Ulrich Herzog
stellv. Vorsitzender



Alexander Diffenhard



Sven Hollmichel



Martina Klee



Lagebericht 2025

Lagebericht des Vorstands

Geschäftstätigkeit

Die Sterbekasse ist ein „kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit“ im Sinne des § 210 des Versicherungsaufsichtsgesetzes und unterliegt der Rechtsaufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Bis zum Jahresende 2020 wurden Sterbegeldversicherungen gegen monatliche Beiträge bis zur Höchstversicherungssumme von 7.800 € angenommen. Die Mitgliedschaft konnten nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutsche Bank Gruppe bis zum 55. Lebensjahr erwerben; Ehegatten/-innen, eingetragene Lebenspartner/-innen und Lebensgefährten/-innen konnten mitversichert werden.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Das Kapitalmarktjahr 2025 war von einer weiterhin hohen geopolitischen und wirtschaftspolitischen Unsicherheit geprägt, entwickelte sich jedoch insgesamt positiv für risikobehaftete Anlageklassen – schon zum dritten Mal in Folge (Jahresperformance: Bundesanleihen -1,4 %; DAX +23 %). Die Weltwirtschaft zeigte sich trotz zahlreicher Belastungsfaktoren widerstandsfähig (BIP-Wachstum weltweit ca. 3,3 %). Insbesondere in den USA konnte eine deutliche Abschwächung der Konjunktur vermieden werden (BIP-Wachstum ca. 2,2 %), während sich das Wachstum in Europa nur moderat beschleunigte (BIP-Wachstum ca. 1,5 %). Die Inflationsraten gingen in den meisten Industrieländern weiter zurück und näherten sich den Zielwerten der Notenbanken an, wenngleich der Disinflationprozess nicht in allen Regionen gleichmäßig verlief (für 2025 wird die Verbraucherpreisinflation in den USA auf 2,7 % und in der Eurozone auf 2,1 % geschätzt).

Eines der bedeutendsten Ereignisse des gesamten Jahres war der Amtsantritt der neuen Trump-Regierung in den USA am 20. Januar 2025, die rasch neue Zölle ankündigte. Zunächst wurde erklärt, dass Zölle in Höhe von 25 % auf Importe aus Kanada und Mexiko erhoben werden sollten, was am 3. Februar 2025 zu einer deutlichen Risikoaversion an den Märkten führte. Diese Maßnahmen wurden jedoch kurzfristig um einen Monat verschoben, wodurch sich die Anleger zunehmend entspannten. In der Folge erreichte der S&P 500 am 19. Februar 2025 ein neues Allzeithoch.

Mit zunehmender Unsicherheit über die weitere Zollpolitik kam es im März 2025 jedoch erneut zu stärkeren Kursrückgängen an den Märkten. Die einmonatige Verlängerung für Kanada und Mexiko lief aus, und am 4. März 2025 wurden 25 %-Zölle für beide Länder eingeführt. Gleichzeitig wurde der zusätzliche Zollsatz auf chinesische Waren von 10 % auf 20 % erhöht, und am 12. März 2025 traten separate Zölle in Höhe von 25 % auf Stahl und Aluminium in Kraft.

Die neue US-Regierung hatte zudem erhebliche Auswirkungen auf europäische Vermögenswerte. Ein besonders bedeutender Moment war die Ankündigung im Februar 2025, dass die USA Verhandlungen mit Russland über ein Ende des Krieges in der Ukraine aufnehmen würden. Dies führte zu sinkenden Ölpreisen, löste aber zugleich in Europa einen starken politischen Impuls zur Finanzierung höherer Verteidigungsausgaben aus.

Diese Entwicklungen fielen zeitlich mit der deutschen Bundestagswahl am 23. Februar 2025 zusammen. Das Wahlergebnis entsprach weitgehend den vorherigen Meinungsumfragen, und die CDU/CSU-Fraktion bildete eine Koalition mit der SPD. Für die Kapitalmärkte besonders bedeutsam war jedoch, dass die neue Koalition eine Reform der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse vorschlug, um höhere Verteidigungsausgaben zu ermöglichen, ergänzt durch ein Sondervermögen für Infrastruktur in Höhe von 500 Mrd. EUR.

Gleichzeitig schlug die EU-Kommission vor, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsausgaben deutlich erhöhen könnten, ohne dadurch gegen die EU-Defizitregeln zu verstoßen. Dies hatte unmittelbare Auswirkungen auf europäische Vermögenswerte. Nach den deutschen Ankündigungen verzeichnete zum Beispiel die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen am 5. März 2025 mit einem Anstieg um 29,8 Basispunkte den größten Tagesanstieg seit der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990.

Das zweite Quartal begann mit der größten Marktvolatilität seit Jahren. Auslöser war die Ankündigung der lange erwarteten reziproken Zölle durch Präsident Trump am 2. April 2025. Vorgesehen war ein allgemeiner Mindestzollsatz von 10 % für alle Länder, mit deutlich höheren Sätzen für einzelne Handelspartner, darunter 20 % für die EU, 24 % für Japan und 34 % für China, zusätzlich zu einem bereits bestehenden Basiszoll von 20 %. Diese Zölle lagen deutlich über den Markterwartungen und führten unmittelbar zu einer Neubewertung der Wahrscheinlichkeit einer Rezession in den USA, insbesondere angesichts der wachsenden Befürchtung, dass andere Länder mit Gegenmaßnahmen reagieren würden.

Die Marktreaktion erfolgte schnell: Am 3. April 2025 fiel der S&P 500 um nahezu 5 % und verzeichnete damit den größten Tagesverlust seit Juni 2020. Der Abverkauf beschleunigte sich am 4. April 2025 weiter, als der S&P 500 um fast 6 % nachgab und damit seinen stärksten Tagesverlust seit März 2020 erlitt. Zu diesem Zeitpunkt war der S&P 500 innerhalb von zwei Tagen um mehr als 10 % gefallen – der fünftgrößte Zweitagesverlust seit dem Zweiten Weltkrieg, vergleichbar lediglich mit dem „Black Monday“ 1987, der Hochphase der globalen Finanzkrise sowie den ersten Turbulenzen zu Beginn der Corona-Pandemie. Der Abverkauf griff auch auf den Rentenmarkt über. Die Renditen langlaufender Anleihen stiegen deutlich an, und die Rendite 30-jähriger US-Staatsanleihen verzeichnete am 7. April 2025 mit einem Anstieg um 21 Basispunkte den größten Tagesanstieg seit März 2020. Eine Stabilisierung der Märkte setzte jedoch ein, nachdem Präsident Trump eine 90-tägige Aussetzung der reziproken Zölle für Länder ankündigte, die keine Gegenmaßnahmen ergriffen hatten.

Auch wenn die Zollpolitik das zweite Quartal dominierte, rückten fiskalische Sorgen erneut in den Fokus, ausgelöst durch eine Herabstufung der US-Kreditwürdigkeit durch Moody's von Aaa auf Aa1. In der Folge schloss die Rendite 30-jähriger US-Staatsanleihen am 21. Mai 2025 erneut über 5 %, begleitet von einem allgemeinen Anstieg der Renditen langlaufender Anleihen weltweit. Diese Entwicklung fiel zusammen mit anhaltenden Sorgen über die hohen US-Haushaltsdefizite, die bereits 2023 und 2024 über 6 % des BIP gelegen hatten. Im Juli 2025 verabschiedete der US-Kongress zudem den „One Big Beautiful Bill Act“, mit dem die Steuererleichterungen aus Trumps erster Amtszeit verlängert wurden.

Auch die US-Notenbank stand im Sommer erneut im Fokus. Im Juli 2025 kam es kurzzeitig zu Spekulationen, Präsident Trump könne den FedVorsitzenden Powell entlassen, nachdem entsprechende Medienberichte veröffentlicht worden waren. Trump dementierte dies später, doch führte die Berichterstattung zu einer deutlich steileren Zinsstrukturkurve. Die Aufmerksamkeit auf die Fed hielt an, als Trump im August 2025 versuchte, Gouverneurin Lisa Cook aus dem Board of Governors der Fed zu entlassen. Gerichte entschieden jedoch, dass sie vorerst im Amt bleiben könne.

Auch Frankreich rückte im dritten Quartal erneut in den Fokus. Nach einem verlorenen Misstrauensvotum Anfang September 2025 weiteten sich die Renditeabstände zwischen französischen und deutschen Staatsanleihen aus, und Fitch stufte Frankreich von AA- auf A+ herab. Im Oktober 2025 kam es erneut zu politischen Turbulenzen, die jedoch letztlich eine Stabilisierung der Regierung ermöglichten. Dennoch stufte auch S&P Frankreich herab, während Moody's den Ausblick auf negativ setzte. Die anhaltende politische Unsicherheit führte dazu, dass französische Staatsanleihen zeitweise höhere Renditen aufwiesen als italienische – erstmals seit 1999.

Im weiteren Jahresverlauf zeigten sich zunehmende Anzeichen einer stärkeren konjunkturellen Abschwächung. Besonders der US-Arbeitsmarktbericht für Juli 2025 fiel deutlich schwächer aus als erwartet und beinhaltete erhebliche Abwärtsrevisionen der Beschäftigtenzahlen. Dies erhöhte die Erwartungen an Zinssenkungen durch die US-Notenbank, die im September 2025 mit ihrer ersten Zinssenkung des Jahres begann. Insgesamt senkte die Fed die Leitzinsen zwischen September 2025 und Dezember 2025 in drei Schritten um insgesamt 75 Basispunkte (die EZB wiederum hatte die Zinsen viermal um je 25 Basispunkte schon im ersten Halbjahr 2025 gesenkt).

Auch auf handelspolitischer Ebene kam es im vierten Quartal zu weiteren Entwicklungen. Anfang Oktober 2025 kündigte Präsident Trump zusätzliche Zölle in Höhe von 100 % auf chinesische Waren an, verschob diese jedoch nach Gesprächen mit dem chinesischen Präsidenten Xi. Die beiden Staatsoberhäupter einigten sich auf eine Verlängerung des Zollstillstands sowie auf weitere Entspannungsschritte, was die Märkte beruhigte.

Ein weiteres wichtiges Thema im vierten Quartal war Japan. Nach der Wahl von Sanae Takaichi zur Vorsitzenden der Regierungspartei LDP im Oktober 2025 und ihrer Ernennung zur Premierministerin reagierten die Märkte positiv. Der Nikkei-Index stieg im Oktober 2025 um 16,6 % und verzeichnete damit den stärksten Monatsanstieg seit 35 Jahren. Gleichzeitig kündigte die Regierung ein umfangreiches Fiskalpaket an. Diese Entwicklungen erfolgten vor dem Hintergrund weiterer Zinserhöhungen durch die Bank of Japan, die ihren Leitzins bis Dezember 2025 auf 0,75 % an hob – den höchsten Stand seit 1995. Die Rendite zehnjähriger japanischer Staatsanleihen stieg zum Jahresende über 2 %.

Auch in Europa kam es im Dezember 2025 zu einem erneuten Abverkauf am Anleihemarkt. Spekulationen über eine mögliche Zinserhöhung der EZB im Jahr 2026 nahmen zu, nachdem Vertreter der Notenbank entsprechende Signale gesendet hatten. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen stieg zeitweise über das Niveau vom März 2025, bevor sie das Jahr 2025 bei 2,85 % beendete.

Vor diesem Hintergrund kam es im Kalenderjahr 2025 zu einer gezielten Anpassung der Kapitalanlage. Der Bestand an Rentenpapieren wurde insgesamt ausgeweitet. Den Zugängen in Höhe von rund 6,3 Mio. EUR standen Abgänge von rund 3,9 Mio. EUR gegenüber, sodass sich der Rentenbestand zum Jahresende auf etwa 31,8 Mio. EUR erhöhte. Die Investitionen konzentrierten sich überwiegend auf EUR-denominierte Staats- und staatsnahe Emissionen sowie Unternehmensanleihen guter Bonität mit überwiegend mittleren bis längeren Laufzeiten. Ziel dieser Maßnahmen war es, das erhöhte Zinsniveau zur Sicherung laufender Erträge zu nutzen und gleichzeitig eine hohe Übereinstimmung zwischen den erwarteten Zahlungsströmen aus den Kapitalanlagen und den langfristigen Verpflichtungen sicherzustellen. Demgegenüber wurde der Bestand an Aktienfonds im Jahresverlauf reduziert. Während nur begrenzte Zugänge von rund 2,0 Mio. EUR erfolgten, beliefen sich die Abgänge auf rund 6,7 Mio. EUR. Der Gesamtbestand dieser Anlageklasse verringerte sich damit von rund 33,0 Mio. EUR zu Jahresbeginn auf etwa 28,3 Mio. EUR zum Jahresende. Die Reduzierung betraf insbesondere breit gestreute Aktien-ETFs sowie einzelne dividendenorientierte Investmentfonds. Diese Umschichtungen dienten der weiteren Begrenzung von Marktwertschwankungen und der schrittweisen Verringerung des Risikoprofils der Kapitalanlagen. Zum Jahresende belief sich der Bestand an liquiden Mitteln auf rund 2,3 Mio. EUR. Die Liquiditätssteuerung erfolgte stets mit dem Ziel, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Sterbekasse sicherzustellen.

Sonstige Entwicklungen

Es gab keine wesentlichen Entwicklungen, über die zu berichten wäre.

Versicherungsbestand

Die nachstehende Tabelle (Muster 5 der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen [RechVersV]) gibt Aufschluss über die Bewegung des Bestands an Sterbegeldversicherungen und den Bestand an Unfallzusatzversicherungen:

Bewegung des Bestands an Sterbegeldversicherungen	Geschäftsjahr 2025		Geschäftsjahr 2024	
	Anzahl der Versicherungs- verträge	Versi- cherungs- summe in €	Anzahl der Versicherungs- verträge	Versi- cherungs- summe in €
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	28.247	72.016.792	29.372	76.426.879
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Abgeschlossene Versicherungen	0	0	0	0
2. Sonstiger Zugang				
a. Erhöhungen	(0)	0	(0)	0
b. Bonus		0		0
c. Wiederinkraftsetzungen	7	15.760	5	10.777
3. Gesamter Zugang	7	15.760	5	10.777
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod	269	956.149	291	1.119.211
2. Ablauf	438	2.224.405	453	2.399.165
3. Storno	(0)	0	(0)	0
4. Sonstiger Abgang (Kündigung und Ausschluss)	376	735.281	386	902.488
5. Gesamter Abgang	1.083	3.915.835	1.130	4.420.864
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	27.171	68.116.717	28.247	72.016.792
davon				
1. Beitragsfreie Versicherungen (ohne Bonus)	10.805	21.770.660	10.832	21.752.089
2. in Rückdeckung gegeben	0	0	0	0
Bestand an Zusatzversicherungen (ohne Bonus)				
I. Am Anfang des Geschäftsjahres	16.840	25.142.300	17.898	27.127.252
II. Am Ende des Geschäftsjahres	15.812	23.404.686	16.840	25.142.300
davon in Rückdeckung gegeben	0	0	0	0

Die durchschnittliche nominelle Versicherungssumme je Vertrag ist gegenüber dem Vorjahr mit 1.720,99 € leicht gestiegen.

Kapitalanlagen

Der Gesamtbestand der Kapitalanlagen verringerte sich um 1,8 % und gliedert sich wie folgt:

	Ende 2025 €		Ende 2024 €	
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	28.276.696,20	45,28 %	33.008.860,11	51,91 %
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.836.349,45	50,98 %	29.501.714,79	46,40 %
Einlagen bei Kreditinstituten	2.331.010,20	3,73 %	1.073.794,26	1,69 %
	62.444.055,85	100,00 %	63.584.369,16	100,00 %

Details, Bewegungen und Angaben zu den Bewertungsreserven der Kapitalanlagen siehe Tabellen auf den Seiten 27 und 28.

Die Sterbekasse hat im Geschäftsjahr eine grundsätzlich vorsichtige Anlagestrategie unter antizyklischer Anpassung der Aktienquote und zusätzlicher Anlage in Anleihen verfolgt. Es existierte kein Direktbestand an Aktien. Es wurden 1.985.951,08 € neu in Anteile eines Rentenfonds investiert. Anteile an drei Aktienfonds mit einem Buchwert von 4.232.360,22 € und an einem Rentenfonds mit einem Buchwert von 2.485.423,78 € wurden verkauft. Die durchgerechnete Aktienquote nach Zeitwerten unter Einbeziehung des Aktienanteils in den Investmentanteilen (ohne Sicherungsgeschäfte) beträgt 14,6 %.

Den Abgängen von Inhaberschuldverschreibungen einschließlich Amortisation in Höhe von insgesamt 3.942.830,37 € standen Zugänge von 6.277.465,03 € gegenüber.

Die Sterbekasse bewertet alle Inhaberschuldverschreibungen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Der Ermittlung des beizulegenden Wertes liegt die Annahme zugrunde, dass die Sterbekasse beabsichtigt, diese Wertpapiere bis zur Endfälligkeit bzw. sehr langfristig zu halten. Es wurden dadurch Abschreibungen in Höhe von 1.049.351,29 € vermieden.

Das laufende Bruttoergebnis aus Kapitalanlagen erhöhte sich im Geschäftsjahr um 93.765,98 € (= 5,1 %) auf 1.936.358,19 €. Dies resultierte insbesondere aus dem Anstieg der Zinserträge aus Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 145.202,34 € und dem Anstieg der Ausschüttungen aus Investmentanteilen in Höhe von 71.483,95 € bei gleichzeitigem Rückgang der Erträge aus Grundstücken (Mieten) um 135.369,89 € bedingt durch den Verkauf der Grundstücke in 2024. Durch den Abgang von Kapitalanlagen konnten Gewinne aus dem Abgang in Höhe von 1.388.721,73 € erzielt werden, die Anteile an Investmentvermögen mit 1.302.820,18 € (Vj. 201.170,34 €) und Inhaberschuldverschreibungen mit 85.901,55 € (Vj. 0,00 €) betreffen. Im Vorjahr sind zusätzlich noch Gewinne aus dem Verkauf der Grundstücke in Höhe von 4.984.150,05 € entstanden. Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen sind in Höhe von 662.235,85 € entstanden und betreffen Inhaberschuldverschreibungen (Vj. 751.994,07 € für Inhaberschuldverschreibungen und Anteile an Investmentvermögen). Die Abschreibungen belaufen sich auf 212.636,21 € für Anteile an Investmentvermögen (Vj. 140.000,10 €). Zuschreibungen wurden in Höhe von 212.305,22 € vorgenommen und betreffen wie im Vorjahr Anteile an Investmentvermögen (Vj. 259.736,04 €).

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen in Höhe von 905.255,12 € betreffen neben Abschreibungen und Verlusten aus dem Abgang von Kapitalanlagen im Wesentlichen Verwaltungsaufwendungen mit 25.639,70 €.

Damit ergibt sich ein Nettoergebnis aus Kapitalanlagen im Geschäftsjahr von 2.632.130,02 € (Vj. 6.290.366,45 €). Die Nettoverzinsung beträgt 4,18 % (Vj. 10,05 %).

Deckungsrückstellung

Im Geschäftsjahr hat sich die Deckungsrückstellung um 2.571.306,30 € auf 52.592.761,10 € verringert.

In diesem Betrag saldieren sich die Zuführung der Rechnungszinsen mit den Abgängen der ausgezahlten Versicherungsleistungen.

Übrige Aufwand- und Ertragsposten

Die gebuchten Beiträge verminderten sich um 48.859,16 € auf 497.883,48 €. Der durchschnittliche Jahresbeitrag bezogen auf die beitragspflichtigen Versicherungsverträge liegt am Jahresende bei 30,42 € (Vj. 31,39 €).

Der Aufwand für Versicherungsfälle und Rückkäufe verringerte sich im Geschäftsjahr um 289.093,32 € auf 3.560.400,30 €.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb haben sich um 2.908,05 € auf 151.949,43 € erhöht.

Das sonstige versicherungstechnische Ergebnis, der Saldo aus den sonstigen versicherungstechnischen Erträgen und Aufwendungen, verbesserte sich um 2.947,78 € auf -104.945,14 €.

Das nicht-versicherungstechnische Ergebnis, der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen, verbesserte sich um 31.323,97 € auf -130.212,85 €. Ursache hierfür war insbesondere eine Erstattung für Verwarentgelte früherer Jahre.

Aufwand aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ist in Höhe von 9.037,50 € für ausländische Quellensteuer angefallen (Vj. 0,00 €).

Gesamtüberschuss*

Der Gesamtüberschuss verteilt sich wie folgt:

	Ende 2025 €	Ende 2024 €
Einstellung in die Verlustrücklage	0,00	6.610,85
Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	1.744.774,58	350.000,00
	1.744.774,58	356.610,85

Die Verlustrücklage beträgt unverändert 4.848.500,00 €. Das sind 7,8 % der Kapitalanlagen und 9,2 % der Deckungsrückstellung. Sie erfüllt damit das satzungsmäßige Erfordernis.

Die Solvabilitätsspanne von 2.153.946,40 € ist mit rund 344 % durch anrechenbare Eigenmittel (Verlustrücklage sowie freie Rückstellung für Beitragsrückerstattung abzüglich immaterieller Vermögensgegenstände) gedeckt. Die Solvabilitätsspanne ist der Betrag, der aufsichtsrechtlich zur Sicherung der Belange unserer Mitglieder gedeckt sein muss.

*) Entspricht dem Jahresüberschuss zuzüglich der Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Risiko- und Chancenbericht

Risiko-Management-System

Die Sterbekasse als kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit unterliegt nach § 210 Abs. 1 VAG nicht den Vorschriften des § 91 Abs. 2 des Aktiengesetzes.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Risiken und Chancen aus Kapitalanlagen

Die Entwicklungen an den Kapitalmärkten bleiben weiterhin von entscheidender Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg der Sterbekasse. Den daraus resultierenden Risiken wie Emittenten-, Zins(änderungs)- und Währungsrisiken trägt die Zusammenstellung des Portfolios unter Berücksichtigung der Anlagerichtlinien Rechnung. Das breit gestreute Anlagespektrum stellt unsere langfristige Zahlungsfähigkeit sicher. Dabei nutzen wir die Expertise der Deutsche Bank Gruppe. Wir sehen auch unter Stresstestszenarien derzeit keine unvermeidbaren Ausfallrisiken. Durch die bestehenden Unsicherheiten an den Märkten, ausgelöst durch geopolitische und andere Unsicherheiten, besteht die Gefahr einer erhöhten Volatilität. Sollten sich diese Risiken materialisieren, so könnte dies den Abschreibungsbedarf erhöhen und gleichzeitig könnten die Einnahmen aus Kapitalanlagen zurückgehen. Die Auswirkungen dieser Risiken sind nicht verlässlich vorherzusagen. Sie werden jedoch zeitnah überwacht.

Gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften werden beachtet.

Chancen ergeben sich aus einer möglichen positiven Entwicklung der Weltwirtschaft und daraus resultierenden Auswirkungen auf die Kapitalmärkte.

Versicherungstechnische Risiken und Chancen

Die zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen angewandten Rechnungsgrundlagen zum Sterblichkeitsverlauf und für Rückkäufe werden vom Verantwortlichen Aktuar kontinuierlich hinsichtlich ihrer Angemessenheit geprüft. Die Berechnungen enthalten angemessene Sicherheitsspannen.

Der konservative Ansatz der Berechnungen eröffnet die Chance einer positiven finanziellen Entwicklung, sofern die angewandten Rechnungsgrundlagen in der Realität übertroffen werden.

Operationale Risiken

Der EDV-Bereich der Sterbekasse wird kontinuierlich einer Risikobetrachtung unterzogen, um störungsfreie Arbeitsabläufe zu gewährleisten. Datenerfassung, -haltung und -zugang im laufenden Betrieb entsprechen dem aktuellen technischen Stand und umfassen auch Heimarbeitsplätze.

Die für die Sterbekasse tätigen Mitarbeiter der Deutsche Bank AG unterliegen den Sicherheitskonzepten und -maßnahmen der Deutsche Bank-Gruppe.

Einschätzung der künftigen Entwicklung

2026 startete mit einem schwachen Quartal für die Renditen von Vermögenswerten, da der IranKonflikt die Agenda dominierte. Das Jahr begann im Januar und Februar recht stark, da positive Daten die Risikoanlagen stützten. So schloss der S&P 500 am 27. Januar auf einem Rekordstand, und auch Europas STOXX 600 erreichte am 27. Februar ein Allzeithoch.

Doch nachdem die Angriffe am 28. Februar begannen, kam es zu einem massiven Anstieg der Ölpreise, was zum größten quartalsweisen Sprung bei Brent-Rohöl (+94 %) seit Q3 1990 – dem Beginn des Golfkriegs – führte. In der Folge kam es zu einer deutlichen, anlageklassenübergreifenden Verkaufswelle. Allein im März verzeichnete der S&P 500 seinen größten monatlichen Rückgang seit einem Jahr, während die Renditen 10-jähriger US-Staatsanleihen ihren stärksten monatlichen Anstieg seit Dezember 2024 erlebten.

Mit dem starken Anstieg der Ölpreise führte die Aussicht auf einen weiteren stagflationären Schock zu einer massiven, anlageklassenübergreifenden Abwärtsbewegung. In der Folge verzeichneten globale Aktienmärkte nach Beginn der Angriffe deutliche Verluste. Der S&P 500 erlitt dabei erstmals seit 2022 fünf aufeinanderfolgende Wochenverluste. Auch Staatsanleihen gerieten deutlich unter Druck, da der Konflikt die Inflationserwartungen stark ansteigen ließ und zugleich die Spekulationen über Zinserhöhungen der Zentralbanken zunahmen.

Auch im Bereich der Zölle gab es wichtige Entwicklungen. So entschied der Oberste Gerichtshof der USA, dass die Anwendung des *International Emergency Economic Powers Act* zur Einführung breit angelegter Zölle verfassungswidrig sei. Damit wurde rund die Hälfte der Zölle aufgehoben, die Präsident Trump im vergangenen Jahr verhängt hatte. Trump kündigte jedoch anschließend die Einführung eines pauschalen Zolls von 10 % auf Grundlage von Abschnitt 122 des Trade Act von 1974 an, der ab dem 24. Februar für 150 Tage gelten soll.

Schließlich kam es auch in Japan zu bedeutenden Entwicklungen, nachdem Premierministerin Takaichi bei der vorgezogenen Wahl am 8. Februar eine deutliche Mehrheit errang. Zuvor waren japanische Staatsanleihen (JGBs) unter Druck geraten, da im Wahlkampf weitere Konsumsteuersenkungen angekündigt worden waren; die Rendite 30-jähriger JGBs schloss am 20. Januar bei 3,86 % – dem höchsten Stand seit Einführung dieser Laufzeit.

Im April nahm die geopolitische Eskalation noch zu und der US-Präsident drohte der Führung in Teheran am 6. April mit dem Ende „einer ganzen Zivilisation“. Schlussendlich ist es aber am Folgetag unter Vermittlung von Pakistan zu einer Vereinbarung eines zweiwöchigen Waffenstillstands gekommen. Dies führte zu einem deutlichen Rückgang der Ölpreise auf etwa \$95 pro Barrel und einer Erholung der Aktienmärkte.

Der Ausblick auf das Jahr 2026 ist jedoch weiterhin von enormen Unsicherheiten geprägt, da sich nicht abschätzen lässt, wann und ob die militärischen Aktivitäten am Persischen Golf vollständig zurückgefahren werden und ob die Neuordnung der Durchfahrt der Straße von Hormus zu einem dauerhaften Rückgang von Öl- und Gaspreis führen wird. Zudem bestehen weiterhin wesentliche Risiken, zum Beispiel durch den fortwährenden UkraineKonflikt, aber auch handelspolitische Spannungen zum Beispiel zwischen den USA und China.

Auswirkungen des bisherigen Nahostkonflikts sind bereits deutlich geworden, indem die Wachstumsschätzungen führender Forschungsinstitute für Deutschland signifikant nach unten korrigiert wurden (Halbierung auf ca. +0,6 % für dieses Jahr), gleichzeitig aufgrund der angestiegenen Inflationserwartungen die Märkte aktuell zwei Zinserhöhungen der EZB einpreisen und die vormals erwarteten Zinssenkungen der US Fed praktisch ausgepreist wurden.

Man kann davon ausgehen, dass in Deutschland - aber auch anderen europäischen Ländern - die Staatsausgaben für Landesverteidigung und Wiederaufbau der Armen weiterhin zu einem hohen Finanzierungsbedarf führen und auch deshalb das lange Ende der Zinskurve zukünftig noch belastet werden könnte. Die geopolitischen Unsicherheiten haben sich auf der Unternehmensseite noch nicht in einer signifikanten Revision der Unternehmensgewinne ausgewirkt. Es besteht aber ein erhebliches Risiko, dass insbesondere der Konsument aufgrund der erhöhten Ausgaben für Energie beziehungsweise auch Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs weniger als noch zu Beginn des Jahres erwartet die Konjunktur stützen wird.

Wir planen aktuell keine höhere Allokation auf der Aktienseite. Im Anleihebereich beabsichtigen wir weiter, uns auf kurze und mittlere Laufzeiten zu fokussieren. Bei den Immobilien wirkt zwar das etwas höhere Zinsumfeld belastend. Wir erwarten aber keine weiteren Abwertungen der Immobilienbestände in der Breite und beabsichtigen keine Korrektur unseres moderaten Immobilienexposures.

Sonstige künftige Entwicklungen

Die Mitgliederzahl wird kontinuierlich sinken, da keine neuen Mitglieder mehr aufgenommen werden.

Ausblick

Die laufenden Beitragseinnahmen werden den weiter sinkenden Mitgliederzahlen folgen. Für die Aufwendungen für Versicherungsfälle insgesamt (Sterbefälle, Abläufe sowie Rückkäufe) gehen wir für 2026 von einem leichten Rückgang aus.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb und das nicht versicherungstechnische Ergebnis sollten in ähnlicher Höhe anfallen wie im Vorjahr.

Bei den laufenden Erträgen aus Kapitalanlagen rechnen wir in 2026 mit einem geringeren Ergebnis im Vergleich zu 2025. Es bleibt abzuwarten, ob Gewinne aus dem Abgang von Wertpapieren im laufenden Jahr erzielt werden können und ob die Lage an den Kapitalmärkten Abschreibungen oder Zuschreibungen erforderlich machen wird.

Infolge der vorgenannten Angaben rechnet die Sterbekasse für das Jahr 2026 mit einem geringen Gesamtüberschuss, der auch abhängig sein wird von der Entwicklung der Kapitalmärkte bis Jahresende insbesondere angesichts der weiterhin hohen geopolitischen Unsicherheiten.

Frankfurt am Main, 30. April 2026

Vorstand



Anja Breilmann



Sabine Payne



Georg Schuh



2025
Bilanz

Bilanz zum 31.12.2025

Aktiva in €		2025	2024
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		28.062,18	69.366,14
B. Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	28.276.696,20		33.008.860,11
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.836.349,45		29.501.714,79
3. Einlagen bei Kreditinstituten	2.331.010,20		1.073.794,26
		62.444.055,85	63.584.369,16
C. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer	6.286,97		5.648,81
II. Sonstige Forderungen	0,00		82.176,11
		6.286,97	87.824,92
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte	21.283,38		5.885,07
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	159.624,30		91.490,34
		180.907,68	97.375,41
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	517.647,61		441.496,35
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	16.186,38		14.983,29
		533.833,99	456.479,64
		63.193.146,67	64.295.415,27

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Frankfurt am Main, 30. April 2026


Marion Krimmel
Treuhänderin

Passiva in €	2025	2024
A. Eigenkapital		
Gewinnrücklagen		
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	4.848.500,00	4.848.500,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen		
I. Deckungsrückstellung	52.592.762,10	55.164.068,40
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	582.399,79	532.817,72
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	2.705.697,41	1.046.430,79
	55.880.859,30	56.743.316,91
C. Andere Rückstellungen		
I. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
II. Sonstige Rückstellungen	109.000,00	126.900,00
	109.000,00	126.900,00
D. Andere Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	2.352.934,56	2.516.216,84
II. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: 127,31 (Vorjahr: 86,36)	1.852,81	60.481,52
	2.354.787,37	2.576.698,36
	63.193.146,67	64.295.415,27

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach den am 07. Mai 2025 (Unisex-Tarif und Alt-Tarif) genehmigten Geschäftsplänen berechnet worden ist.

Frankfurt am Main, 30. April 2026



Dr. Günter Schmidt
Verantwortlicher Aktuar



2025 Gewinn & Verlust

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.2025

in € (negativ = Aufwand)	2025	2024
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge		
Gebuchte Beiträge	497.883,48	546.742,64
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	0,00	0,00
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a. Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa. Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	135.369,89
bb. Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.936.358,19	1.707.222,32
	1.936.358,19	1.842.592,21
b. Erträge aus Zuschreibungen	212.305,22	259.736,04
c. Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.388.721,73	5.185.320,39
	3.537.385,14	7.287.648,64
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge	350,00	400,00
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle		
a. Zahlungen für Versicherungsfälle	-3.508.488,42	-3.987.042,68
b. Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	-51.911,88	137.549,06
	-3.560.400,30	-3.849.493,62
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen		
Deckungsrückstellung (+ = Verminderung)	2.571.306,30	-2.212.533,50
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen	-1.744.774,58	-350.000,00
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
Verwaltungsaufwendungen	-151.949,43	-149.041,38
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a. Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	-30.383,06	-105.288,02
b. Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-212.636,21	-140.000,10
c. Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-662.235,85	-751.994,07
	-905.255,12	-997.282,19
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	-105.295,14	-108.292,92
11. Versicherungstechnisches Ergebnis	139.250,35	168.147,67

in € (negativ = Aufwand)	2025	2024
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	32.349,72	13.110,92
2. Sonstige Aufwendungen	-162.562,57	-174.647,74
3. Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit	9.037,50	6.610,85
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-9.037,50	0,00
5. Jahresüberschuss (+)	0,00	6.610,85
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	0,00	-6.610,85
7. Bilanzgewinn	0,00	0,00



Anhang

Anhang

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 wurden entsprechend den Vorschriften des HGB und der RechVersV aufgestellt. Aufgrund der Befreiungsvorschrift (§ 61 Abs. 1 Nr. 4 RechVersV) haben wir von den Vereinfachungsvorschriften (§ 62 RechVersV) in Einzelfällen Gebrauch gemacht.

Die Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Sterbekasse betreibt weder das aktive noch das passive Rückversicherungsgeschäft.

Wir haben das Wahlrecht gemäß § 341b HGB für alle Inhaberverschreibungen wahrgenommen. Bei Nichtausübung dieses Wahlrechts ergäben sich nachfolgende Änderungen wichtiger Kennzahlen:

1. Die Kapitalanlagen wären um rund 1,7 % niedriger.
2. Es ergäbe sich ein Gesamtüberschuss in Höhe von T€ 695.
3. Die Nettoverzinsung läge bei 2,5 %.

Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen in Fremdwährung werden zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bzw. am Anschaffungs- oder Abrechnungstag umgerechnet oder - soweit diese an einer Börse in Deutschland gehandelt werden - zum Börsenschlusskurs in Euro bilanziert. Zum Abschlussstichtag befanden sich keine Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung in unserem Bestand, die nicht an einer Börse in Deutschland gehandelt werden.

Hinweis: « - » in Tabellen des Anhangs bedeuten Abzugsposten oder Aufwand.

Aktiva

Die Entwicklung der Aktivposten A (Immaterielle Vermögensgegenstände) und B (Kapitalanlagen) ist in der Übersicht auf Seite 28 dargestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die entgeltlich erworbenen Konzessionen, gewerblichen Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten werden zu Anschaffungskosten aktiviert und über ein bis zehn Jahre linear abgeschrieben. Es handelt sich dabei ausschließlich um EDV-Software.

Kapitalanlagen

1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Dieser Posten enthält ausschließlich Anteile von acht Wertpapierpublikumsfonds in Höhe von 14.607.258,61 € sowie zwei Immobilienspezialfonds in Höhe von 13.669.437,59 €. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten oder zu den niedrigeren Börsenkursen bzw. Rücknahmepreisen. Das Wertaufholungsgebot des § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet.

2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Posten wird gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB mit dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Der Ermittlung des beizulegenden Wertes liegt die Annahme zugrunde, dass die Sterbekasse beabsichtigt, diese Papiere bis zur Endfälligkeit bzw. sehr langfristig zu halten, so dass von einer nur vorübergehenden Wertminderung auszugehen ist. Am Bilanzstichtag wird aufgrund der langfristigen Halteabsicht und -fähigkeit angenommen, dass die stillen Lasten zinsbedingt und vorübergehend sind. Die Forderungen werden bei Fälligkeit zu ihren höheren Nominalwerten zurückgezahlt. Bei Papieren in Fremdwährung – soweit diese überhaupt gehalten werden – wird hingegen eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen, sobald sich eine dauerhafte Wertminderung aus der Entwicklung der Fremdwährung abzeichnet. Das Wertaufholungsgebot des § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet.

Über pari erworbene Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden mit der Effektivzinsmethode amortisiert.

In den Inhaberschuldverschreibungen befinden sich Wertpapiere, die bei einem Buchwert von 16.465.954,79 € mit 1.049.351,29 € über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden.

3. Einlagen bei Kreditinstituten

Die Bewertung erfolgt zum Nennwert. Es handelt sich um kurzfristige Termingelder bei zwei Kreditinstituten.

Forderungen

Der Ansatz der Forderungen erfolgt grundsätzlich zum Nennwert. Akute Ausfallrisiken sind nur bei einer Forderung aus einem ehemaligen Mietverhältnis zu erwarten. Daher wurde die in den beiden Vorjahren gebildete Einzelwertberichtigung um 3.638,16 € auf 4.432,10 € erhöht. Pauschalwertberichtigungen waren nicht erforderlich.

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Dabei handelt es sich insbesondere um rückständige Beiträge. Soweit erforderlich, wird das Mahnverfahren eingeleitet.

II. Sonstige Forderungen

Mit Ausnahme der wertberichtigten Forderung aus einem ehemaligen Mietverhältnis befinden sich keine sonstigen Forderungen im Bestand.

Sonstige Vermögensgegenstände

I. Sachanlagen und Vorräte

Die Sachanlagen – im Wesentlichen IT-Hardware – werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer liegt bei fünf Jahren. Geringwertige Vermögensgegenstände bis zu einem Nettobetrag von 800,00 € werden im Anschaffungsjahr in voller Höhe abgeschrieben.

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Die Bewertung der laufenden Guthaben bei zwei Kreditinstituten sowie des Kassenbestands (217,67 €) erfolgt zum Nennwert.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Bewertung erfolgt zum Nennbetrag.

	€
Abgegrenzte Zinsen und Mieten	
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	517.647,61
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	16.186,38
Stand am 31.12.2025	533.833,99

Die sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Vorauszahlungen für Dienstleistungen.

Zeitwerte Kapitalanlagen

Die Zeitwerte der Kapitalanlagen und die im Vergleich mit den Buchwerten daraus resultierenden Bewertungsreserven betragen zum Bilanzstichtag:

					31.12.2025
in T€	Buchwerte	Zeitwerte	Stille Reserven	Stille Lasten	Bewertungs- reserven
Zu Anschaffungskosten bilanzierte Kapitalanlagen					
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	28.277	31.283	3.006	0	3.006
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.836	31.191	404	1.049	-645
Zum Nennwert bilanzierte Kapitalanlagen					
Einlagen bei Kreditinstituten	2.331	2.331	0	0	0
Gesamt *	62.444	64.805	3.410	1.049	2.361

* Rundungsdifferenzen möglich

					31.12.2024
in T€	Buchwerte	Zeitwerte	Stille Reserven	Stille Lasten	Bewertungs- reserven
Zu Anschaffungskosten bilanzierte Kapitalanlagen					
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	33.009	36.449	3.440	0	3.440
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	29.502	28.483	413	1.431	-1.018
Zum Nennwert bilanzierte Kapitalanlagen					
Einlagen bei Kreditinstituten	1.074	1.074	0	0	0
Gesamt *	63.585	66.006	3.853	1.431	2.422

* Rundungsdifferenzen möglich

Die Zeitwerte der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere sowie der Inhaberschuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere wurden anhand der Börsenkurse bzw. Rücknahmepreise sowie Devisenkassakurse bei Anlagen in fremder Währung am Stichtag ermittelt.

Von einer Zeitwertberechnung für die Einlagen bei Kreditinstituten wurde abgesehen, da die Restlaufzeit sehr kurzfristig ist.

Entwicklung der Aktivposten

Entwicklung der Aktivposten A (Immaterielle Vermögensgegenstände) und B (Kapitalanlagen) im Geschäftsjahr 2025 (Muster 1 RechVersV)

in T€	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
A Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutz- rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	69	3	0	0	45	28
Summe A	69	3	0	0	45	28
B Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	33.009	1.986	6.718	212	213	28.277
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	29.502	6.277	3.943*	0	0	31.836
3. Einlagen bei Kreditinstituten	1.074	1.258	0	0	0	2.331
Summe B	63.585	9.521	10.661	212	213	62.444
Insgesamt	63.654	9.524	10.661	212	258	62.472

* inklusive Amortisation in Höhe von T€ 66

Passiva

Eigenkapital

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen betreffen ausschließlich die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG.

	€
Stand am 31.12.2024	4.848.500,00
Einstellungen aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	0,00
Stand am 31.12.2025	4.848.500,00

Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung wurde zum 31. Dezember 2025 individuell mit risikogerechten Reserveprämien sowohl für den alten Tarif als auch für den ab 21.12.2012 geltenden Unisex-Tarif berechnet (Individualdeckungsrückstellung). Dabei findet für die Berechnung des Unisex-Tarifes ein Rechnungszins von 1,75 % und für den Alt-Tarif von 2,50 % Anwendung. Es wurde eine Verwaltungskostenrückstellung in Höhe von 15 % der Jahresnettoprämie sowie ein Verwaltungskostensatz von 1,00 % (Alt- und Unisex-Tarif) der Sterbegeldsumme für beitragsfreie Versicherungen angesetzt.

	€	€
Stand am 31.12.2024	55.164.068,40	
Auflösung im Geschäftsjahr plus Zuführung Rechnungszins (2,50 % bzw. 1,75 % für 2025)	-2.571.306,30	
Stand am 31.12.2025		52.592.762,10

II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (inkl. Bewertungsreserven)

	Rückkäufe €	Versicherungsfälle €	Gesamt €
Stand am 31.12.2024	96.689,94	436.127,78	532.817,72
im Geschäftsjahr ausgezahlt	10.360,18	174.963,12	185.323,30
durch Verjährung beendet	21.345,67	20.831,11	42.176,78
weiterhin zurückgestellt	64.984,09	240.333,55	305.317,64
zurückgestellt im Geschäftsjahr	8.960,37	268.121,78	277.082,15
Stand am 31.12.2025	73.944,46	508.455,33	582.399,79

Für jeden Versicherungsfall oder Rückkauf wurde die Höhe der Rückstellung einzeln festgestellt. In der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind eine individuell ermittelte Spätschadenrückstellung für erst nach der Bestandsfeststellung bekannt gewordene Versicherungsfälle in Höhe von 2.751,15 € sowie anteilige noch nicht ausgezahlte Bewertungsreserven in Höhe von 29.962,95 € enthalten. Diese wurden erfolgsneutral der Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung entnommen.

III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	€	€
Stand am 31.12.2024		1.046.430,79
Entnahme Bewertungsreserven		-85.507,96
Zuführung aus Gesamtüberschuss		1.744.774,58
Stand am 31.12.2025		2.705.697,41

Von diesen T€ 2.706 sind T€ 109 für Bewertungsreserven gebunden.
Nach dem Vorschlag des Vorstands in Abstimmung mit dem Verantwortlichen Aktuar werden bei entsprechendem Beschluss der Mitgliederversammlung am 6. Juli 2026 bis zu T€ 1.192 für Bonus zusätzlich gebunden.

Andere Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen die Kosten des Verantwortlichen Aktuars und des Jahresabschlusses. Die Bewertung erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages.

Andere Verbindlichkeiten

Die Bewertung erfolgt zum Erfüllungsbetrag. Es bestehen keine Verbindlichkeiten mit Laufzeiten länger als fünf Jahre. Die Verbindlichkeiten sind nicht mit Pfandrechten besichert.

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

	31.12.2025 €	31.12.2024 €
gutgeschriebene Überschussanteile (Beitragsdividende)	2.295.510,32	2.455.294,39
vorausempfangene Beiträge	57.424,24	60.922,45
	2.352.934,56	2.516.216,84

II. Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2025 €	31.12.2024 €
Verbindlichkeiten gegenüber Mietern aus Nebenkostenvorauszahlungen	0,00	58.124,76
Lieferanten und Dienstleister	1.725,50	2.270,40
Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer auf Rückkäufe	127,31	86,36
	1.852,81	60.481,52

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge

Bei den gebuchten Beiträgen handelt es sich ausschließlich um laufende monatliche Beiträge aus Einzelversicherungen. Darin enthalten sind Unfallzusatzversicherungen in Höhe von 20.355,11 €. Die Herkunft ist überwiegend aus dem Inland.

2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Ein Betrag zur Leistungserhöhung (Bonus) ist im Geschäftsjahr nicht angefallen.

3. Erträge aus Kapitalanlagen

Erträge aus	2025 €	2024 €
Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken (Mieten)	0,00	135.369,89
Anteile an Investmentvermögen	1.146.460,05	1.074.976,10
Inhaberschuldverschreibungen	743.523,29	598.320,95
Einlagen bei Kreditinstituten	46.374,85	33.925,27
Zuschreibungen	212.305,22	259.736,04
davon aus Anteilen an Investmentvermögen	212.305,22	259.736,04
Gewinnen aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.388.721,73	5.185.320,39
davon aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	4.984.150,05
davon aus Anteilen an Investmentvermögen	1.302.820,18	201.170,34
davon aus Inhaberschuldverschreibungen	85.901,55	0,00
	3.537.385,14	7.287.648,64

4. Sonstige versicherungstechnische Erträge

Bei den sonstigen versicherungstechnischen Erträgen handelt es sich um Mahngebühren in Höhe von 350,00 € (Vj. 400,00 €).

5. Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Zahlungen für Versicherungsfälle gliedern sich wie folgt:

	2025 €	2024 €
Sterbegelder bei Tod	-922.071,64	-1.035.726,24
Sterbegelder bei Ablauf	-2.164.680,88	-2.488.518,94
Rückkäufe	-421.735,90	-462.797,50
	-3.508.488,42	-3.987.042,68

6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen

In 2025 verringerte sich die Deckungsrückstellung um 2.571.306,30 €, bedingt durch den Abgang der Deckungsrückstellung der ausgezahlten Versicherungsleistungen und Rückkäufe, die durch die Zuweisungen aus dem Rechnungszins nicht ausgeglichen wurden.

7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen

Bei den Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen handelt es sich ausschließlich um erfolgsabhängige Beitragsrückerstattungen (Überschussbeteiligung).

8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb betreffen ausschließlich Verwaltungsaufwendungen und beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für IT-Wartung und IT-Support (124.791,40 €) sowie planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände (44.525,00 €).

9. Aufwendungen für Kapitalanlagen

	2025 €	2024 €
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen		
Bewirtschaftungskosten der Wohngrundstücke	-4.743,36	-68.626,38
Verwaltungsaufwendungen aus Kostenverteilung	-25.639,70	-26.424,77
Sonstige	0,00	-10.236,87
Außerplanmäßige Abschreibungen		
Anteile an Investmentvermögen - wie Umlaufvermögen	-212.636,21	-140.000,10
Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		
Anteile an Investmentvermögen	0,00	-183.949,04
Inhaberschuldverschreibungen	-662.235,85	-568.045,03
	-905.255,12	-997.282,19

10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen

Dieser Posten betrifft mit 105.295,14 € (Vj. 108.242,38 €) die Verzinsung für angesammelte Gewinnanteile.

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen in Höhe von 9.812,47 € (Vj. 13.110,92 €) und die Erstattung von Verwahrentgelten früherer Jahre in Höhe von 22.532,71 € (Vj. 0,00 €).

2. Sonstige Aufwendungen

Die Aufwendungen beinhalten insbesondere die Kosten des Verantwortlichen Aktuars (45.000,00 €), des Jahresabschlusses einschließlich Offenlegung (59.804,68 €) und der steuerlichen Beratung (53.652,17 €).

3. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufwand aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ist in Höhe von 9.037,50 € für ausländische Quellensteuer angefallen (Vj. 0,00 €).

Gewinnverwendungsvorschlag

Vorstand und Verantwortlicher Aktuar schlagen vor:

Auf alle Versicherungen, die am 31. Dezember 2026 noch bestehen, wird ein zusätzlicher Gewinn (Bonus) in Höhe von 2,25 % (Alttarif) bzw. 4,00 % (Neutarif) der für jede Versicherung vorhandenen Deckungsrückstellung des Jahresabschlusses 2025 gewährt.

Die Gewinnanteile werden am Ende des Kalenderjahres 2026 gutgeschrieben und zur Erhöhung des Sterbegeldes verwendet.

Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung bedürfen der Bestätigung der Unbedenklichkeit (Zustimmung) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Sonstige Angaben

Organe

Aufsichtsrat

Marissa Horvatin
Vorsitzende
Managing Director Corporate
Bank
Deutsche Bank AG
Frankfurt am Main

Dr. Ulrich Herzog
stellv. Vorsitzender
Director Human Resources
Deutsche Bank AG
Frankfurt am Main

Alexander Diffenhard
Deutsche Bank AG
Stuttgart

Sven Hollmichel
Deutsche Bank AG
Frankfurt am Main

Martina Klee
Deutsche Bank AG
Frankfurt am Main

Jörg-Peter Müller
bis 04.07.2025
Neu-Isenburg

Vorstand

Anja Breilmann
Associate General Counsel
Private Bank Legal
Deutsche Bank AG
Frankfurt am Main

Sabine Payne
Human Resources
Deutsche Bank AG
Frankfurt am Main

Georg Schuh
Geschäftsführer
DWS International GmbH
Frankfurt am Main

Geschäftsführung

Claus Abb
Geschäftsführer
Frankfurt am Main

Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge eingetreten, über die zu berichten wäre.

Personal

Die Sterbekasse hat im Geschäftsjahr keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Gesamtvergütung des Aufsichtsrats und des Vorstands

Die Sterbekasse hat im Geschäftsjahr keine Aufwendungen für die Tätigkeit der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats sowie der früheren Mitglieder der bezeichneten Organe und ihrer Hinterbliebenen getragen. Des Weiteren hat die Sterbekasse keine Vorschüsse und Kredite oder Haftungsverhältnisse zugunsten dieser Personen gewährt.

Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB liegen nicht vor.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Finanzverwaltung hat die Steuerfreiheit für Dividendenerträge und Kursgewinne auf Aktien durch entsprechende Steuerbescheide für die Veranlagungszeiträume bis 2023 bestätigt. Im Hinblick auf den schwierigen Sachverhalt und die Vorläufigkeit der Steuerbescheide besteht ein latentes Risiko, dass die Finanzverwaltung ihre Auffassung hierzu möglicherweise auch rückwirkend ändern könnte. So könnten dann diese Erträge wieder steuerpflichtig werden mit der Folge, dass die Sterbekasse hierfür Steuern zahlen müsste. In diesem nach heutiger Einschätzung unwahrscheinlichen Falle würden wir eine Entscheidung vor dem Finanzgericht anstreben.

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von insgesamt T€ 91 aus IT-Dienstleistungsverträgen. Diese Verträge haben noch Restlaufzeiten zwischen 9 und 12 Monaten.

Abschlussprüferhonorar (§ 285 Nr. 17 HGB)

Das Honorar für den Abschlussprüfer betrifft mit 37.600,00 € die Abschlussprüfung.

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen (§ 285 Nr. 21 HGB)

Der Sterbekasse werden von der Deutsche Bank AG der Bezug wesentlicher Dienstleistungen und die Nutzung von Vermögensgegenständen unentgeltlich überlassen.

Verbandszugehörigkeit

Die Sterbekasse ist Mitglied des Deutschen Sterbekassenverbands.

Frankfurt am Main, 30. April 2026

Sterbekasse für die Angestellten der Deutsche Bank-Gruppe

Vorstand



Anja Breilmann



Sabine Payne



Georg Schuh

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:

An die Sterbekasse für die Angestellten der Deutsche Bank-Gruppe VVaG, Frankfurt am Main

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sterbekasse für die Angestellten der Deutsche Bank-Gruppe VVaG, Frankfurt am Main, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Sterbekasse für die Angestellten der Deutsche Bank-Gruppe VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Sterbekasse zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sterbekasse. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannte Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen

- den Bericht des Aufsichtsrats und

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sterbekasse vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Sterbekasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sterbekasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sterbekasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Sterbekasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Sterbekasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Sterbekasse ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sterbekasse vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 4. Mai 2026

Forvis Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

gez. Barndt
Wirtschaftsprüfer

gez. Förg
Wirtschaftsprüferin

Sterbekasse für die
Angestellten der Deutsche Bank-Gruppe

Postanschrift:
Adolph-Prior-Straße 11
65936 Frankfurt am Main

Telefon:
(069) 910-339-74/75

Telefax:
(069) 910-38077

E-Mail:
claus.abb@db.com
info.sterbekasse@db.com

Internet:
www.db-sterbekasse.de

